

Kantonale Abstimmung vom 4. März

Nasenrümpfen für das neue Stipendiengesetz

Für das Kantonale Stipendiengesetz empfiehlt die EVP Aargau einstimmig die Nein-Parole. Trotz den guten und notwendigen Anpassungen an das interkantonale Stipendienkonkordat empfindet sie die Vorlage wegen dem Stipendiensplitting als untauglich.

Damit der Aargau Mitglied des Stipendienkonkordates sein kann, muss er sein Gesetz über die Ausbildungsbeiträge dessen Mindestanforderungen anpassen. Das revidierte Gesetz hat einen zügigen Abschluss des Studiums zum Ziel, damit der Eintritt ins Erwerbsleben möglichst schnell erfolgen kann. Die Änderungen betreffen die Anpassung der Stipendienhöhen: So wird die Obergrenze für Stipendien auf Sekundarstufe 2 bei 12000 Franken liegen, die Obergrenze im Tertiärbereich bei 16000 Franken. Für auswärtiges Wohnen sowie für Kinder von Studierenden werden die Obergrenzen der Stipendien nach oben korrigiert.

Splittingmodell ist ein Stein des Anstosses

In den Beratungen des Grossen Rates setzte sich das Splittingmodell für Stipendien auf der Tertiärstufe durch. Damit sollen alle bewilligten Stipendien aufgeteilt werden: 2/3 werden à fonds perdu ausbezahlt und 1/3 als Darlehen, das nach der Ausbildung an den

Kanton zinsfrei zurückbezahlt werden muss. Dieses Modell führte zu einem Behördenreferendum, um dem Volk das letzte Wort zu überlassen.

Wenn junge Erwachsene sich für ihr Erststudium bereits verschulden müssen, läuft in der Bildungspolitik etwas falsch: Damit werden die Chancen auf eine ressourcenorientierte Ausbildung für Studierende aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern gemindert. Die Chancengleichheit wird in Frage gestellt.

Der Grosse Rat ging davon aus, dass das Splittingmodell die Staatskasse entlastet. Bereits in den Beratungen wurde jedoch klar, dass das Einfordern der Darlehen zu einem grossen Verwaltungsaufwand führen wird. Dafür müssen zusätzliche Stellen geschaffen werden. – Viele Studierende werden Schulden durch Nebenerwerbe zu umgehen versuchen. Damit verlängert sich häufig die Studienzzeit. Das führt dazu, dass der Kanton Aargau länger Studienplätze finanzieren muss (pro Studienjahr und Student oder Studentin 17000 Franken). - Man berechnete, dass damit rund die Hälfte der eingesparten Stipendien nicht zielbezogen ausgegeben wird. Dazu kommen noch Darlehen, die abgeschrieben werden müssen, weil die Ausgebildeten durch Auslandsaufenthalte, Umzüge usw. nicht mehr belangt werden können.



Die Parteiversammlung lehnte das Stipendiengesetz nach eingehender Diskussion aufgrund des Splittingmodells ab: Das neue Gesetz bringe eine Verschlechterung für die Studierenden. Die Chancengleichheit sei nicht mehr gewährleistet und schliesslich müsse der Kanton die ausbezahlten Darlehen nach viel Inkassoaufwand abschreiben.

Parolen EVP Aargau

- **Ja** zum «Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021»
- **Nein** zur Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren)
- **Nein** zum Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz; StipG)

EDITORIAL

TERESE DIETIKER, CO-PRÄSIDENTIN

Wenn medizinische Möglichkeiten und Bedürfnisse über die Menschenwürde gestellt werden, müssen wir genauer hinschauen.

Mit diesen Worten hat Nationalrätin Marianne Streiff in der Winter-session den Bundesrat dringlich angefragt, ob er die Neuregelung für die sogenannte No-Touch-Time bei Organentnahmen rückgängig mache oder zumindest sistiere, bis diese wissenschaftlich besser abgestützt ist. Die EVP befürchtet, menschenwürdiges Sterben werde den medizinischen Bedürfnissen hintangestellt: In den einschlägigen Richtlinien zum revidierten Transplantationsgesetz wurde die Wartezeit zwischen Herz-Kreislauf-Stillstand und der Feststellung des Hirntodes ohne öffentliche Diskussion von zehn auf fünf Minuten gekürzt. Die Beurteilung der benötigten Mindestdauer ist allerdings wissenschaftlich umstritten.

Wie das Leben ist auch das Sterben ein persönlicher Prozess, der seine Zeit braucht. Mit dem medizinischen Fortschritt ist dieser nahezu eine technische Angelegenheit geworden, die – nach Marianne Streiff – die Zeit des Ablebens und somit die Würde des Menschen im Sterben und im Tod nicht genügend respektiert. Trotz dem nahen Tod geht es um die Achtung dem Sterbenden gegenüber und nicht nur um die Bedürfnisse eines Patienten, der auf ein Organ wartet. Diese Spannung auszuhalten ist herausfordernd, muss aber für alle human gelöst werden, für den Sterbenden und seine Liebsten sowie für die wartenden Patienten und das medizinische Fachpersonal.

Uriel Seibert unterstützte die Postulate von Dominik Peter (GLP) betreffend *Militärdiensttauglichkeit als Bedingung für den Polizeiberuf und Schnelltest von CBD und THC* und die Interpellation zum Thema *Entkriminalisierung von Besitz von Cannabis*. Weiter unterschreibt er eine Motion zur *Schaffung einer Rechtsgrundlage zum Betrieb von provisorisch erstellten Motocross-Trainingsstrecken im Kanton Aargau*.

Therese Dietiker stellte in einer Interpellation Fragen zur *Integration in Familien- und Erziehungsfragen im Asylwesen*. Zudem stellt sie ein Postulat mit David Burgherr (SP) zur *Ermöglichung der Bildung von Schulgemeinden*.

Roland Frauchiger beteiligte sich an der Motion von Martin Steinacher-Eckert (CVP) zur *Anpassung der Verordnung über die Erhebung der Gebühren der Abteilung für Baubewilligungen des Dept. BVU* und dem Postulat zur *Regelungen der Zuständigkeit von Anfragen an die Abteilung für Baubewilligungen*.

Asylsuchende unter Finanzdruck

CHRISTIAN MINDER, GROSSRAT

Nach den Herbstferien wurde im Grossen Rat unsere Motion zur Rückgängigmachung des Platzierungsstopps von UMA in Pflegefamilien behandelt.

Uriel Seibert hielt fest, dass es auf dem Papier zwar keinen Platzierungsstopp gäbe, es aber in der Praxis aufgrund der restriktiven Vorgaben durch die Regierung nun äusserst selten zu Pflegefamilienplatzierungen komme. Der Vorstoss wurde vom Parlament als Postulat an den Regierungsrat überwiesen, um künftig das Kindeswohl und nicht finanzielle Gründe in den Fokus zu nehmen.

Beim Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ging es ein weiteres Mal darum, einem erwarteten Verlust von jährlich bis zu 250 Millionen Franken entgegenzuwirken. Der Regierungsrat präsentierte eine Gesamtsicht, wie der Kantons Haushalt zu sanieren sei. Dieser beinhaltet Massnahmen bei Einnahmen, Ausgaben und Finan-

zierung. Das finden wir zielführender, als immer wieder über diverse kleine Leistungskürzungen abzustimmen. Uriel Seibert vertrat unsere Meinung, dass eine Weiterführung der «Pflasterlipolitik» mit kurzfristigen Massnahmen nur weitere Löcher in den Staatshaushalt reisst.

Mit Hilfe unserer Stimmen wurde der «Mutationseffekt» abgeschafft: Wenn ältere Angestellte durch jüngere ersetzt werden oder wenn Stellen zwischen Personalwechseln unbesetzt bleiben, entstehen tiefere Kosten als budgetiert. Dieser «Gewinn» wurde bisher jeweils von der Lohnsumme abgezogen. Weil man dabei nicht vom Budget, sondern von den effektiven Oktoberlöhnen ausging, führte das dazu, dass die Löhne in jedem Jahr ohne Lohnerhöhung nicht konstant blieben, sondern sanken.

Therese Dietiker wehrte sich erfolglos **gegen die Kürzung der Ta-**

gespauschale für Asylsuchende um einen Franken auf 8.– Franken pro Tag (plus 1 Franken Taschengeld). Im Rat wies sie darauf hin, dass ein Grossrat 30.– Franken Spesen für ein Mittagessen erhalte.

Erfolgreicher waren die Diskussionen um den **Abbau der Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende:** Sie werden gemäss dem Rückgang der Asylsuchenden reduziert. Therese Dietiker: «Den meisten Asylbewerbern fällt unser <Trott> schwer. Wenn wir sie untätig lassen, lernen sie ihn noch schlechter umzusetzen und schaffen es nach Jahren des Nichtstuns nicht mehr.»

Nach drei Nullrunden in den letzten Jahren unterstützten wir mit der Mehrheit des Rates eine Lohnerhöhung. Das Personal arbeitet mit weniger Stellenprozenten und erreicht eine höhere Leistung. Diese Leistung gilt es zu würdigen.

PAROLEN ZU NO BILLAG UND FINANZORDNUNG 2021

An der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz wurde die **No-Billag-Initiative klar abgelehnt**. Christian Riesen vom Initiativkomitee betonte die finanzielle Entlastung der Bevölkerung und wies auf neue technische Möglichkeiten sowie den steigenden Wunsch nach Entscheidungsfreiheit hin.

Nationalrätin Marianne Streiff hielt dem entgegen: Die Initiative sei «ein radikaler Angriff auf den Service public. Dieser aber leistet einen wesentlichen Beitrag zur Identität und Vielfalt unseres Landes.» Im Moment stellen die Gebühren der SRG in allen Regionen einen unabhängigen Service-public-Bereich Radio und Fernsehen sicher. Wird die Initiative angenommen, wird dieser Service verschwinden, da er schlichtweg nicht lukrativ genug ist. Weiter stellt Marianne Streiff fest, dass die Initiative nebst dem geplanten Kahlschlag der SRF auch eine Untergrabung der direkten

Demokratie sei. Denn durch die Abschaffung des Service public ist eine unabhängige Berichterstattung nicht mehr gewährleistet. Diese unabhängigen, politisch unbeeinflussten Informationen sind aber für unsere Demokratie unerlässlich. Denn wenn die Medien erstmal kommerzialisiert sind, werden auch Investoren diese beeinflussen, um ihre Eigeninteressen durchzusetzen. Die Initiative will nämlich den Art. 93 Abs. 2 aus der Bundesverfassung streichen. Bildungsauftrag, Gewährleistung der freien Meinungsbildung, Sachlichkeitsgebot, Leistungsauftrag oder die Berücksichtigung der Besonderheiten des Landes und Bedürfnisse der Kantone würden dann entfallen. Sendelizenzen würden an die vergeben, die am meisten dafür bezahlen können.

«Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Schweizer Medien zum Sprachrohr von zahlungskräftigen Interessenvertretern und für po-

litische Propaganda missbraucht werden, wie dies in Italien oder den USA längst der Fall ist. Wer für eine gelebte und lebendige direkte Demokratie eintritt, muss deshalb klar und deutlich NEIN zu No Billag sagen», so das klare Fazit von Marianne Streiff.

Weiter ist die Billag-Gebühr auch solidarisch. Werden die Gebühren abgeschafft, verschwindet diese Solidarität aus dem Schweizer Mediensystem. Sendungen für Randregionen, für Sinnesbehinderte oder über Randsportarten können nicht kommerziell finanziert werden und würden mit Annahme der Initiative ersatzlos gestrichen.

Die Delegiertenversammlung sagte einstimmig **Ja zur Finanzordnung**, womit der Bund seinen Haushalt für die nächsten 15 Jahre wie bisher gestalten kann. Für die Ausgaben des Bundes können weiterhin direkte Bundessteuern und Mehrwertsteuern erhoben werden. Sie garantieren 60% des Bundesbudgets.

HEIDI BERNER



Nach 24 Jahren im Einwohnerrat, im Grossen Rat und im Stadtrat Lenzburg sagt Heidi Berner dem Politalltag Adieu. Die promovierte Biologin wurde 1994 für die EVP in den Einwohnerrat gewählt und wurde zwei Jahre später bereits Grossrätin. 2003 wurde sie in den Stadtrat gewählt. Sie war für den Bereich Soziales und Gesundheit zuständig und hat sich vielfältig für Kinder, Jugendliche, Senioren und sozial Schwache engagiert.

Ein herzliches Dankeschön, Heidi, für deinen Einsatz und alles Gute für die Zukunft.

Stabile EVP

«Auch in der neuen Amtsperiode, mit Beginn am 1. Januar 2018, ist die EVP in allen 10 Einwohnerräten des Aargaus mit insgesamt 25 Mitgliedern vertreten.»

Gewählt wurden 11 Frauen und 14 Männer. Der Frauenteil beträgt somit 44%. Jeweils eine Frau ist ältestes und jüngstes Mitglied. Marie-Louise Reinert, 1945, Wettingen ist ein erfahrene, aktiv sehr engagiertes Ratsmitglied, Joya Süess, geb. 1996, Brugg, wurde neu gewählt.

Zusammenfassend die Resultate:

Aarau, 2 Sitze (von 50), 3.9%

Christoph Waldmeier, 1986, Oberstufenlehrperson und Schreiner, bisher.
Matthias Keller, 1989, Holzingenieur/pastoraler Mitarbeiter, Vizepräsident Einwohnerrat.

Baden, 1 Sitz (von 50), 2.0%

Alex Meier, 1949, Bauführer/Projektleiter, pensioniert, bisher.

Brugg, 3 Sitze (von 50), 5.4%

Konrad Zehnder, 1949, Dr. sc. nat., Geologe, bisher.
Doris Erhardt, 1960, Kauffrau, bisher.
Joya Süess, 1996, Schreinerin, neu.

Buchs, 5 Sitze (+1) (von 40), 11.4%

Joel Blunier, 1974, Geschäftsführer, Politologe, Kreisschulrat, bisher.
Martin Gysi, 1974, dipl. Ing. ETH

Telekommunikation, bisher.
Maja Frey-Baumann, 1967, Betriebsassistentin, Familienfrau, bisher.

Andreas Burgherr, 1974, Holzbauingenieur HTL, bisher.

Ulrich Frey, 1964, Primarlehrer, dipl. Coach, Präsident Kreisschulpflege, neu.

Lenzburg, 2 Sitze (von 40), 4.7%

Marcel Spörri, 1959, Kundenberater AKB, bisher.

Daniel Frey, 1954, Möbelschreiner, bisher.

Obersiggenthal, 2 Sitze (von 40), 4.7%

Daniela Graubner, 1982, Familienfrau/Kauffrau, bisher.

Jacqueline Magni, 1963, Sozialmanagerin, bisher.

Wettingen, 3 Sitze (von 50), 6.5%

Marie-Louise Reinert, 1945, Bezirkslehrerin, pensioniert, bisher.
Lutz Fischer-Lamprecht, 1967, Pfarrer, bisher.

Hanna Läng, 1955, Pfarrerin, bisher.

Windisch, 3 Sitze (-1) (von 40), 7.2%

Martin Schibli, 1971, dipl. Kulturingenieur ETH/SIA, Unternehmer, bisher.

Stefan Fehlmann, 1969, eidg. dipl. Haustechnikplaner, bisher.

Daniel Brassel, 1971, dipl. Verfahrensingenieur ETH, bisher.

Wohlen, 1 Sitz (von 40), 2.5%

Beate Zimmermann, 1968, Schulleitungssekretärin, neu.

Zofingen, 3 Sitze (von 40), 6.5%

Miriam Ruf-Eppler, 1972, eidg. dipl. Apothekerin FPH, Einwohnerratspräsidentin, bisher.

Andrea Plüss-Bernhard, 1974, Dr. phil., Biologin, neu.

Claudia Schürch-Meder, 1990, Elektroingenieurin ETH, neu.

Gemeinderäte

Frauchiger Roland, Thalheim, 1960, Unternehmensberater, Manager, Wirt, bisher.

Steffen Philipp, Rothrist, 1969, Coach/Berater, bisher.

Wyler Walter, Buchs, 1951, Chemiker HTL, bisher.

Präsident Kreisschulrat

Aarau-Buchs:

Joel Blunier, Buchs

Kommissionen und Schulpflege

Buser Christian, Mellingen
Franz Heidi, Kölliken

Graber Esther, Auenstein
Gugger Daniel, Suhr

Guhl Lawson Silvia, Oeschgen

Hassel Ursula, Kölliken

Hauri Christoph, Riniken

Huggenberger Stephan, Riniken

Meyer Martin, Auenstein

Plüss Urs, Zofingen

Ruf Mark, Zofingen

Sinniger Marcel, Kölliken

Steinemann Christoph, Berikon

EVP AARGAU WILL SCHÜLERGERECHTEN NEUEN LEHRPLAN

Die EVP spricht sich gegen die Reduktion von ungebundenen Lektionen aus, um damit den Lehrplan kostenneutral umzusetzen und befürchtet daraus einen Qualitätsabbau. Sie findet es richtig, dass im neuen Lehrplan auf der Primarstufe die nationale Sprachenstrategie umgesetzt wird. Damit stellt sie sich auch hinter den wiederkehrenden Verpflichtungskredit von 3 Mio jährlich.

Auf der Oberstufe erhöht die neue Stundentafel die Durchlässigkeit zwischen Bezirk-, Sekundar- und Realstufe, was für die EVP nachvollziehbar ist. Die Fachkommission der EVP Aargau will jedoch am erst kürzlich breit diskutierten Schulfach Geometrisch-Technisches Zeichnen in der Realschule festhalten, um den Jugendlichen den Einstieg in die Berufswelt zu erleichtern. - In der Realschule sollen gemäss neuer Stundentafel zwei Fremdsprachen unterrichtet werden: Die EVP befürchtet, dass die neue Sprachlastigkeit jene Schülerinnen und Schüler überfordert, die häufig zu Hause eine weitere Sprache sprechen. Sie möchte deshalb bereits im zweiten Realschuljahr eine Fremdsprache zum Wahlpflichtfach erklären.

JUNGSTE EINWOHNERRÄTIN DER EVP



Joya Süess ist mit 21 Jahren als jüngste Kandidatin in den Einwohnerrat Brugg gewählt worden.

Die EVP Aargau und die *jEVP gratulieren zur erfolgreichen Wahl und wünschen Joya Süess viel Erfolg und Freude in diesem Amt!

Fünf Sitze im Einwohnerrat – EVP Buchs auf Erfolgswelle



Von links nach rechts: Andreas Burgherr, Joel Blunier, Walter Wyler (Gemeinderat), Martin Gysi, Maja Frey, Ueli Frey

AGENDA

12. Februar 2018

EVP Kurs «Typo3 für Sektions-Webmaster», Bern

4. März 2018

Abstimmungen

8. März 2018

EVP-Kurs «Einführung in die webbasierte Adressverwaltung», Zürich

23. März 2018

Parteiконференz, Baselland

24. März 2018

Delegiertenversammlung, Baselland

28. März 2018

EVP-Kurs «Neu in der EVP-Einführung in Politik, Organisation und Werte», Bern

4. April 2018

Generalversammlung, 19.00 Uhr, Thalheim

4. Mai 2018

KMU Forum, 15.00–21.00 Uhr

7. Mai 2018

EVP-Kurs «Einführung in die webbasierte Adressverwaltung», Bern

ERNEUERUNG DER GÖNNERVEREINIGUNG

Vor bald 25 Jahren wurde die Gönnervereinigung der EVP Aargau gegründet. Dem Zweckartikel des damaligen Reglements entnehmen wir, dass mit der Gründung folgende Ziele verfolgt wurden:

- Finanzieren von Spezialaktionen der Kantonalpartei
- Gewähren von Darlehen an die Kantonalpartei
- Treffen zur politischen Meinungsbildung

Die Mitgliedschaft konnte mit der jährlichen Zahlung von 250.- Franken oder einem zinslosen Darlehen von 5000.- Franken erworben werden. Darlehen wurden der Gönnervereinigung über all die Jahre nie gewährt. Die jährlichen Zahlungen brachten der Vereinigung jedoch immer zwischen fünf- und sechstausend Franken ein. In den vergangenen Jahren ging allerdings die Anzahl der Mitglieder stetig zurück, weshalb eine Erneuerung der Vereinigung an die Hand genommen wurde.

Neu gibt es drei Mitgliederkategorien mit abgestuften Jahresbeiträgen und darauf abgestimmten Gegenleistungen. Die Gegenleistungen sollen den Zusammenhalt der Mitglieder der Vereinigung sowie der Partei fördern, indem dabei weiterhin die politische Meinungsbildung sowie die Gemeinschaft gepflegt werden.

Mitgliedschaften

Gold	ab Fr. 1000.–	• Club 1000 der EVP Schweiz (Essen mit kulturellem Programm) • Gönneranlass der EVP Aargau
-------------	---------------	---

Silber	ab Fr. 500.–	• Mittagessen mit der Fraktion • Gönneranlass der EVP Aargau
---------------	--------------	---

Bronze	ab Fr. 250.–	• Gönneranlass der EVP Aargau
---------------	--------------	-------------------------------

Abzugsmöglichkeiten bei den Steuern (Aargau Fr. 10000.–, Bund Fr. 10100.–)

In Zukunft können der Vereinigung ganz offiziell auch Personen beitreten, die nicht Mitglied der Partei sind. Die finanziellen Mittel werden künftig für die Wahlen in den Bezirken ohne eigene Organisationsstruktur und für den Parteaufbau eingesetzt und die Mitglieder können ihre Beiträge bis zu den jeweiligen Maximallimiten von den Steuern abziehen. Neben den neuen Kategorien und Regelungen erhält die Vereinigung dadurch neues Leben.

Wenn Sie die Arbeit und die Werte der EVP sinnvoll finden, können Sie die Partei auch auf andere Weise unterstützen, indem Sie mehr oder weniger regelmässig spenden. Diese Spenden sind für die – nicht kostenlose – Parteiarbeit unerlässlich. Doch bedeutend mehr helfen Sie unserer Mittepartei mit den so-

liden Werten, wenn Sie jährlich einen fixen Beitrag leisten. Wenn Sie das neben dem ordentlichen Mitgliederbeitrag der Partei tun, schaffen Sie damit eine berechenbare finanzielle Basis für die Kantonalkasse.

Neben der Gewissheit, dass die EVP weiterhin enkeltauglich politisieren kann, bekommen Sie die Möglichkeit, sich mit den Mitgliedern des Grossen Rates und anderen Gönnern regelmässig zu treffen und zu vernetzen. Melden Sie doch gleich heute Ihr Interesse beim Sekretariat der EVP Aargau an!

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

IMPRESSUM

Redaktion
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau
5000 Aarau
Herausgeber
Evangelische Volkspartei Aargau
Abonnement
mindestens 15 Franken pro Jahr
Erscheinungsweise
viermal jährlich
Internet
www.evp-ag.ch

E-Mail Sekretariat
sekretariat@evp-ag.ch
Inserate, Adressverwaltung
Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau
5000 Aarau
Telefon 077 450 15 99
Realisation und Druck
www.jordibelp.ch
Auflage
7050 Exemplare

ANTWORTALON

Unterstützen Sie eine Politik auf christlicher Basis. Werden Sie jetzt Mitglied der Evangelischen Volkspartei. **Ihr Beitrag ist unser Fundament!** Ihre Stimme macht für uns einen Unterschied, weil wir damit besser getragen sind und mehr politisches Gewicht bekommen.

Lesen Sie die Grundwerte der EVP auf unserer Homepage. 🌱

Ich möchte EVP-Mitglied werden

Die Mitgliederbeiträge und Grundsätze sowie die Statuten habe ich gelesen und bin damit einverstanden.

Falls Sie eine unserer Beitrittsprämien wünschen, bitten wir Sie, Ihre Anmeldung auf www.evp-ag.ch vorzunehmen. Danke!

- Ich bin daran interessiert, eine EVP Ortspartei zu gründen.
 Ich möchte Informationen zur Gönnervereinigung der EVP Aargau erhalten.
 Ich möchte der Gönnervereinigung der EVP Aargau beitreten.

Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Name, Vorname _____
Strasse _____
PLZ / Ort _____
E-Mail _____
Datum _____